

Ausgerechnet Christa Markwalder!

Käufliche Politik Die FDP-Politikerin stolpert über einen diktierten Vorstoss aus dem autokratischen Kasachstan

VON DANIEL FUCHS

2016 verspricht das schönste Jahr ihrer Polit-Karriere zu werden: Christa Markwalder soll dann Nationalratspräsidentin und formell höchste Schweizerin werden. Vorher aber fliegt ausgerechnet der beliebte FDP-Politikerin aus dem Emmental ein parlamentarischer Vorstoss um die Ohren.

Darin stellte Markwalder dem Bundesrat Fragen zum Verhältnis Schweiz - Kasachstan. Nur: Der Vorstoss stammte nicht aus ihrer eigenen Feder, sondern aus derjenigen des Zürcher Ablers der PR-Agentur Burson-Marsteller, die dafür von einem Politiker im autokratischen Kasachstan reichlich entlohnt wurde, wie die «NZZ» aufdeckte (siehe Kasten rechts).

Die Kasachstan-Connection

Burson-Marsteller ist «eine der wichtigsten internationalen Kommunikationsagenturen auf der Welt - und die grösste ihrer Art in der Schweiz», wie die Firma auf ihrer Website selber schreibt. Ihre Dienste in der Öffentlichkeitsarbeit nehmen Kunden aus der Atom- bis hin zur Konsumindustrie wahr. Die Berater halfen nicht nur der betroffenen Chemie-Firma, das sogenannte Bhopal-Unglück in Indien zu bewältigen, sondern auch McDonald's im Zusammenhang mit der Rinderseuche BSE.

Christa Markwalder reagiert geschockt auf die Machenschaften der PR-Leute in Sachen Kasachstan. Sie habe zu gutgläubig gehandelt und bereue das nun zutiefst, sagt die 39-jährige Bernerin zur «Nordwestschweiz». Sie ist genervt, woraus der sonst um Zurückhaltung und Kontrolle bemühten Frau Empörung wächst: «In guter Absicht habe ich eine Interpellation eingereicht, von der andere profitiert haben. Ich aber darf die Sache nun ausbaden.»

Sie hadert und wünscht die zweijährige Interpellation in Grund und Boden. Hätte sie sie doch nie eingereicht! Und sie relativiert: «Es war doch nur eine harmlose Interpellation mit Fragen an den Bundesrat, die dieser auch längst beantwortet hat.»

Harmlos? Es waren ähnliche Worte, zu welchen die FDP-Politikerin vor wenigen Monaten griff, als sie von einer Interpellation zurückkrebste, die sie mitunterzeichnet hatte. Der Basler SVP-Nationalrat Christian Miesch hatte sie eingereicht.

Zu gutgläubig?

Die Interpellation Miesch war wie die Interpellation Markwalder Teil einer PR-Strategie aus den Reihen kasachischer Politiker. Hinter der Interpellation steckte alt Botschafter Thomas Borer, der als Lobbyist im Auftrag des autokratischen Regimes handelte, das die Auslieferung eines Oppositionellen, der sich in der Schweiz niedergelassen hatte, verlangte.

Als die Medien Borer's Rolle aufdeckten, räumte Markwalder gegenüber dem Ber-



Zeigte sich schockiert über die Machenschaften der PR-Leute: Christa Markwalder.

LUKAS LEHMANN/KEYSTONE

ner «Bund» ein, sie hätte das Anliegen besser prüfen sollen. Es habe sich dabei aber lediglich um eine Interpellation gehandelt, bei der nur Fragen, aber keine Forderungen gestellt würden.

Neigt Christa Markwalder zu Unvorsichtigkeit? «Nein, ich bin nur eine gutmütige Person und vertraue den Menschen.»

Eine PR-Agentur machte die Post

Christa Markwalder will den Moment nicht erkannt haben, in dem sie von Zürcher Lobbyisten der Firma Burson-Marsteller im Auftrag der Kasachen instrumentalisiert worden ist.

Dabei ist Markwalders Nähe zu den Public-Affairs-Leuten Fakt: Die Juristin arbeitet für die Zürich-Versicherung im Bereich Governmental Affairs. Ihr Arbeitgeber hat

«In guter Absicht habe ich eine Interpellation eingereicht, von der andere profitiert haben. Ich aber darf die Sache nun ausbaden.»

Christa Markwalder
FDP-Nationalrätin (BE)

mit der angestellten Nationalrätin Augen und Ohren im Parlament.

Auch ihren Papierkram aus ihrer parlamentarischen Arbeit liess Markwalder von Leuten der zweitgrössten Schweizer PR-Agentur, Furrerhugi, erledigen. Die Lobbyisten von Furrerhugi gehen im Bundeshaus ein und aus. Verlesung der Post, Beantworten von Briefen, Einladungen verschicken - es handelte sich um unentgeltliche Sekretariatsarbeiten, wie das «Handelsblatt» 2014 schrieb. Agentur-Inhaber Lorenz Furrer sprach von einem unentgeltlichen Freundschaftsdienst an die FDP-Politikerin, worauf Markwalder erwiderte, sie bezahle monatlich 1000 Franken für die Dienste.

Es handle sich um Spesen, präzisierte Furrer.

Markwalder gibt sich unbeeindruckt vom täglichen Geschäft um käufliche Interessen. «Ich bin meinen Überzeugungen verpflichtet und nicht Mandaten. Ich trenne meine berufliche Arbeit und meine parlamentarische Tätigkeit, und wenn es Überschneidungen gibt, gebe ich meine Interessenbindung bekannt.»

«Ich bündle und entsorge mein Altpapier selber», sagt Markwalders Parteikollege Christian Wasserfallen. Er stellt sich demonstrativ vor seine Kollegin: «Das könnte jedem der 246 Parlamentarier passieren, auch mir. Da muss man sich gar keine Illusionen machen.»



Sind Schweizer Politiker käuflich? Diskutieren Sie online mit.

«Wir kämpfen, aber wir finden kein Gehör!»

Ärztmangel Die Schweiz soll mehr Ärzte ausbilden. Doch die Unis investieren lieber in Forschung und der Ärztenverband lehnt eine Initiative ab, die Studienplätze für Medizinstudenten ausbauen will. Was läuft hier schief?

VON ANNA WANNER

Herr Schlup, der Ärztenverband FMH fordert in einem Positionspapier, dass mehr Ärzte ausgebildet werden sollen. Gleichzeitig unterstützen Sie eine parlamentarische Initiative nicht, die für die Zukunft den Bedarf an Ärzten sichern und deren Ausbildung finanzieren will. Das ist doch ein Widerspruch? Jürg Schlup: Wir kämpfen seit 13 Jahren dafür, dass mehr Ärzte ausgebildet

werden. Seit 2002 wiederholen wir unsere Forderungen. Doch wir finden kaum Gehör! Heute hat jeder dritte berufstätige Arzt ein ausländisches Diplom, weil der Bedarf mit in der Schweiz diplomierten Ärzten nicht gedeckt werden kann. Die Medizin-Fakultäten haben seit 2008 die Studienplätze um 45 Prozent erhöht, das reicht noch nicht. Wenn Sie nun sagen, wir setzen uns nicht für die Ausbildung von Medizinstudenten ein, dann verkennen Sie unsere Arbeit der letzten 13 Jahre.

Ihr Engagement soll nicht in Abrede gestellt werden. Es ist auf den ersten Blick bloss nicht nachvollziehbar, wieso sie eine Initiative nicht unterstützen, die Studienplätze in der Humanmedizin ausbauen will. Die Initiative verfolgt ein ausgezeichnetes Ziel, das sich mit unserem Anliegen deckt. Doch die Initiative von Margrit Kessler ist der falsche Weg, um das Ziel zu erreichen.



Jürg Schlup, der Berner Hausarzt präsidentiert die Verbindung der Ärzte FMH. KEY

Sie argumentieren, dass die Initiative ins Gärtchen der Universitäten und Kantone eingreife und dass diese sich dagegen wehren würden. Gegner finden Sie bei jedem Geschäft. Steht das Ziel, mehr Ärzte auszubilden, nicht über solchen Befindlichkeiten?

Das ist nicht der Grund, wieso wir gegen die Initiative sind. Sie ist gut ge-

meint, aber sie geht zu lange. Das ist das Problem.

Was heisst «zu lange»?

Margrit Kessler will eine Verfassungsänderung, darüber muss zunächst das Volk abstimmen. Danach muss das Parlament ein Gesetz ausarbeiten. Wir sehen bei anderen Projekten, wie lange das geht. Bis tatsächlich wegen dieser Verfassungsänderung zusätzliche Ärzte ausgebildet werden können, dauert es 15 Jahre. Und bis diese dann eigenverantwortlich arbeiten können, vergehen nochmals 12 Jahre. Wir brauchen einen schnelleren Weg. Deshalb versuchen wir über eine Intervention beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) mehr Geld zu erhalten für eine zweckgebundene Finanzierung zusätzlicher Medizinstudienplätze.

Eine Initiative dient auch dem Zweck, eine politische Forderung

warm zu halten. Sie hätten damit den Druck auf den Bundesrat und Parlament hochhalten können.

Mit einer Verfassungsänderung, wie sie Margrit Kessler vorsieht, klappt das nicht. Das haben wir bei der Mutterschaftsversicherung gesehen (1945-2005), wir sehen das bei der Komplementärmedizin (ab 2009). Nur weil etwas in der Verfassung steht, fühlt sich der Gesetzgeber noch lange nicht unter Druck.

2013 haben die medizinischen Fakultäten rund 1,4 Milliarden Franken für die Ausbildung von Medizinstudenten und die Forschung erhalten. Geht da nicht etwas schief, dass mit diesem Haufen Geld nicht mehr Studenten ausgebildet werden können?

Ich kenne den Bericht nicht. Aber dieser Betrag erstaunt mich. Es wäre wichtig zu wissen, für welche Zwecke das Geld verwendet wird.